

Resolution Generalversammlung vpod region basel 16. Mai 2017

Schluss mit den unsozialen Zeichen in der Wohnungspolitik!

Die Kantone Basel-Stadt und Baselland setzen sehr gefährliche Zeichen in der Wohnungspolitik. An diversen Adressen in der Stadt Basel (Burgweg, Wittlingerstrasse, Mülhauserstrasse, Solothurnerstrasse, Hochstrasse, Pfeffingerstrasse) wurden und werden gerade, zum Teil langjährige Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben. Die Pensionskassen möchten dort in Betongold investieren.

Die Pensionskassen haben momentan einen schweren Stand. Sie müssen die 2. Säule unserer Altersvorsorge stabil halten. Und dies in Zeiten von instabilen Finanzmärkten. Möglichkeiten ausserhalb dieser Märkte, das Geld von den Kantonsangestellten gewinnbringend einzusetzen, rücken vermehrt in den Vordergrund.

Dem gegenüber steht die gesamte soziale Sicherheit, die ein Kanton und Arbeitgeber mithelfen muss zu garantieren. Dazu gehört in einer Stadt, immer mehr, auch eine soziale Wohnungspolitik zu pflegen und zu fördern.

Pensionskassen die bei Objekt-Sanierungen bewusst auf Massenkündigungen verzichten gibt es. Und nun versuchen ausgerechnet die staatlichen Pensionskassen PKBS und BLPK inklusive ihren Beteiligungen an Stiftungen, mit den geplanten Häuser-Sanierungen an den ob genannten Adressen die Renditen an ihren Immobilien zu optimieren. Und dabei werden die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner, und zum Teil von ehemaligen Kantonsangestellten und Angehörigen als langjährige Mieterinnen und Mieter, nur ungenügend berücksichtigt.

Eine soziale Wohnungspolitik ist das nicht. Es muss andere Wege geben.

Die Generalversammlung des vpod region basel fordert, dass bei Häuser-Sanierungen an bewohnten Immobilien der öffentlichen Hand, die Mieterinnen und Mieter in ihren Wohnungen bleiben dürfen, oder zu gleichen Konditionen wieder einziehen können. Die Objekte sind instandgesetzt, und die weiterhin günstigen Mieten sind Investitionen in eine Wohnungspolitik, die einer Rot-Grünen Stadt würdig sind.

Des Weiteren fordern wir, dass im Sinne der Resolution auch mit den Verantwortlichen im Kanton Baselland das Gespräch gesucht wird.